

Dasselbe in Grün!

Früher sind die Grünen aufgrund des Vakuums auf der Linken vielen als einzige Alternative erschienen. Jetzt wird immer deutlicher, dass sie nicht diese Alternative sind. Denn sie reden sich auf den Koalitionspartner aus und beschließen Sozialabbau in Bund und Land mit. Selbst beim Umweltschutz sind sie kaum mehr zu unterscheiden.

Seite 2

BergarbeiterInnen im Streik

Mehr als zwei Monate lang streikten die BergarbeiterInnen in Asturien, León und Aragón gegen Sparmaßnahmen der spanischen Regierung. Sie sind nicht bereit, für die Krise zu bezahlen. Die Polizei antwortete mit Repression, die an Bürgerkriegszeiten erinnerte. Damals wie heute stehen die Kumpels an der Spitze der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse.

Seite 12

Schwerpunkt

Wie soll Österreich vor dem Hintergrund der internationalen Krise weitermachen? Ist ein nationaler Alleingang, wie ihn v.a. FPÖ und Stronach fordern, eine Lösung?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 211 | 09.2012

Gemeinsam kämpfen für höhere Löhne!

Österreichische Top-ManagerInnen verdienen laut AK das 48-fache eines Durchschnittsgehalts. Managementgehälter sind in Österreich für Großunternehmen großteils steuerfrei. Die 16 größten Konzerne haben 2011 3,9 Mrd. Euro Gewinn gemacht, fast so viel wie vor Beginn der Finanzkrise 2008.

Doch investiert wird nicht, das ist den Konzernen nicht profitabel genug. Sie rechnen mit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise. Der Stahlriese Voest hat in den vergangenen Jahren seine Investitionen um 22% verringert. Auch werden kaum

Beispiel Kollektivvertrag (KV) Metallbranche: Dieser wurde durch die Unternehmen gekündigt – wie auch in anderen Branchen. Sie wollen Sparten- und Hausverträge mit den Gewerkschaften abschließen. Die Löhne sollen gedrückt werden. Die Gewerkschaft muss diese Angriffe entschieden zurückweisen. Der Kollektivvertrag muss verteidigt werden. Aber das darf nicht auf Kosten eines schlechten Gehalts- oder Arbeitszeitabschlusses passieren!

Ein weiteres Beispiel ist der Werbe-KV: Nach monatelangem Hinhalten und erst infolge von Protesten



Fotomontage: Copyright Alex Swoid

Drastische Lohn- und Gehaltserhöhungen für alle Beschäftigten sind längst überfällig!

neue Leute eingestellt. Die Löhne der Beschäftigten stagnieren, während die Konzernchefs das Geld horten. Gleichzeitig leiden arbeitende Menschen unter steigenden Preisen.

Die Unternehmer üben sich in Drohgebärden. Bei-

wurde der Abschluss an der Inflationsrate bemessen. „Wir brauchen eine spürbare Gehaltserhöhung, die weit über der Teuerungsrate liegt,“ fordert Irene Müller, Betriebsrätin bei Wohnservice Wien. „Wenn die ArbeitgeberIn-

nen blockieren, müssen zügig Kampfmaßnahmen organisiert werden.“

Das gilt auch für andere Branchen: Damit bei der Herbstlohnrunde ein Abschluss weit über der Teuerungsrate möglich ist, braucht es überall rasch

Betriebsversammlungen. Dort müssen die Forderungen der Belegschaft diskutiert und – wo nötig – auch Streikbeschlüsse gefällt werden. Schließen wir uns in den Betrieben zusammen, organisieren wir eine Bewegung, die unsere Forderungen nach außen trägt! So bringen wir auch die Gewerkschaften dazu, unsere Interessen zu vertreten. **Christian Bunke**

Die SLP fordert:

- den Metall-KV verteidigen!
- Für Lohnerhöhungen deutlich über der Teuerungsrate!
- Für eine lebendige Kampagne: Demonstrieren! Streiken!
- Keine Abschlüsse ohne vorherige Abstimmung in den Betrieben!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die Kinder sitzen im Kreis und hören dem Opa zu, wie er ein Märchen erzählt. Da gibt es Bedrohungen, aber es geht gut aus und fortan leben sie glücklich. In der Welt der Großen ist es ähnlich.

Politik und Wirtschaft lassen sich regelmäßig Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute erstellen. Es wird über mögliche Probleme berichtet, doch am Ende steht dann doch ein Aufwärtstrend und natürlich der Kapitalismus als einzig mögliches System.

Häufig müssen die Prognosen später nach unten korrigiert werden. Offensichtlich sind die Grund-

Märchenstunde im Auftrag der Regierung

annahmen politisch motiviert. Das Ergebnis soll gut sein, um die Politik der Herrschenden zu verkaufen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut IHS schreibt Ende Juni, dass die Weltkonjunktur im 1. Quartal „wieder etwas an Fahrt gewonnen“ hat. Es gibt eine Verlangsamung des schwachen US-Wachstums, ein Nullwachstum im Euroraum und +1 % im Vergleich in Japan. Fahrt wohin? Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, erklärt im August, es gehe „bei der Investitionsplanung endlich wieder bergauf“. Tatsächlich bleibt das Investitionsniveau bei 63 % der Unternehmen gleich, bei 22 % sinkt es und nur bei 15 % steigt es. Bergauf? Die Schönfärberei hat System: „Minuswachstum“, wenn die Wirtschaft schrumpft, „Konsolidierung“, wenn der Sozialstaat zerschlagen wird, „Abbau von Überkapazitäten“, wenn Personal gekündigt wird. Der Grund ist nicht Naivität, sondern der Versuch, das marode System wie im Märchen als Königreich und die Regierung als strahlenden Helden zu präsentieren. Die Medizin mag schmerzen, aber es winkt ja das glückliche Ende, so die Botschaft. Aber Rotkäppchen kann sehen, dass im Bett der Wolf liegt, sie braucht keinen Retter. Und Prinzen haben schon längst ausgedient. Also weg mit den Wirtschaftsmärchen. Die Realität ist hart – darum gehört sie geändert, nicht schön geredet.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

ESM: Grüne tragen Systemlogik mit

Die Grünen rühmen sich, beim ESM demokratische Kontrollen durchgesetzt zu haben – aber haben ArbeitnehmerInnen z. B. über Kürzungspakete jetzt wirklich ein Mitspracherecht? Sowohl die Unterstützung des ESM wie auch die Politik der Grünen an der Macht sind Ausdruck davon, dass die Grünen den Kapitalismus nie in Frage gestellt haben. Sie überlassen es der FPÖ, sich als Oppositionspartei zu profilieren und den

berechtigten Unmut über die Rettung der Profiteure europäischer Banken auf den Rücken der ArbeitnehmerInnen aufzugreifen. Aufgabe einer echten Alternative in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei wäre es, eine Verstaatlichung der Banken, Nichtbezahlung der Schulden und den Bruch mit dem Kapitalismus zu fordern – anstatt die Sparpolitik der Regierung mitzutragen.



Dasselbe in Grün

Während Teile der etablierten Parteien im Korruptionssumpf versinken, präsentieren sich die Grünen als politische Alternative –

Dass die Grünen keine grundlegende Alternative sind, zeigt sich dort, wo sie mitregieren. Denn dort verfolgen sie im We-

kratie fordern die Grünen ein Mehr an Demokratie, gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sie dem SPÖ-Vorschlag, die Hürden auf

Sind die Grünen eine Alternative zu Korruption und Sparpolitik der anderen Parteien?

und werden wohl von einer Schicht auch so gesehen. Aber halten die Grünen, was sie versprechen? Denn gleichzeitig geben sie sich auch staatstragend und dienen sich bei mehreren Projekten (allen voran dem ESM) als potentieller Regierungspartner für SPÖVP an. „In Sachen ESM haben wir Grüne dafür gesorgt, dass die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.“ – Werner Kogler.

sentlichen die selbe Politik wie die anderen etablierten Parteien – in Deutschland haben sie Hartz IV und die Agenda 2010 zu verantworten. In Oberösterreich oder in Graz unterscheidet sich die „grüne Handschrift“ kaum von jener von SPÖ oder ÖVP. Sie stehen für Privatisierung und Kürzung. Auch Rot-Grün in Wien steht für ganz normale Politik wie alle anderen Parteien. In der Debatte um direkte Demo-

Bezirksebene in Wien für kleine Parteien anzuheben, zustimmen. Im Fall der 3. Fluggpiste haben sich die Grünen erst nach Protesten dazu durchgerungen, die BürgerInneninitiativen gegen Fluglärm weiter zu unterstützen und den Bau, zumindest in Worten, abzulehnen. Aber das, was die Grünen sagen, stimmt nicht immer mit dem überein, was sie tun – und was am Ende Ergebnis ihrer Politik ist. **Laura Rafetseder**



Wiener Grüne lernen schnell den Pragmatismus des Regierens

Jüngstes Beispiel für den grünen Pragmatismus: Wiens AbfallberaterInnen, die um ihre Jobs kämpften. Der Grüne Rathausclub unterstützt sie zwar in Worten, fühlt sich aber nicht zuständig und delegiert Widerstand an die Basis.

Die Grünen spielen das selbe Spiel, dass die SPÖ auf Bundesebene mit der ÖVP spielt: Sie benutzen den Koalitionspartner als Ausrede. Mit dem Argument, sie wollten die Ko-

alition nicht gefährden, wurde schon der Kampf von Studierenden um das Haus Döbling, das günstigste Studierendenheim Wiens, abgespeist, wurden die Kürzungen im Spitalswesen schöngeredet und das Versprechen von der 100,- EUR-Jahreskarte gebrochen. Denn leider, leider: Der Koalitionspartner wollte nicht. Die Grünen entlarven sich somit als das, was sie stets waren: bestenfalls ein kleineres Übel.



Gesundheit wird gedämpft

Sparpaket und Stabilitätspaket der Regierung sehen im Gesundheitswesen Einsparungen von 3,5 Mrd. € bis 2016 vor. Mitte Juni gab

dem wird nicht erklärt. Erklärt wird, dass die Kosten im Gesundheitssystem nicht mehr stärker steigen dürfen als ein - nicht nach-

sämtliche Sozialleistungen, dann könnt ihr (vielleicht) auf medizinische Versorgung hoffen, wenn ihr euch keine private Be-

rung bringen Riesenprofite. Dieses Geld würde modernste Medizin in öffentlich finanzierten, leicht erreichbaren Gesund-

Neue Worthülsen, wie „Kostendämpfung“ sollen brutale Angriffe auf unsere Gesundheit verschleiern

es die „Einigung zur Gesundheitsreform“. Die Einigung enthält ein „partnerschaftliches sektorenübergreifendes Zielsteuersystem“ und „gemeinsame Finanzverantwortung“. Es solle in der Versorgung keine Einschnitte durch dramatische Kürzungen geben, sondern „durch die Festlegung von nominellen Ausgabenobergrenzen die Kostensteigerungsraten gebremst werden“. Der Unterschied zwischen bei-

vollziehbar angenommenes - durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent. Bis 2016 soll so eine „Kostendämpfung“ (also Kürzungen) von 3,43 Mrd. € erreicht werden. Versorgungsziele und Sanktionen bleiben offen. Das ermöglicht beliebige Streichungen und Kürzungen.

Anders gesagt: Arbeitet noch mehr um noch weniger Geld, lebt brav und gesund, verzichtet zugunsten privater Profite auf

handlung leisten könnt.

So nicht! Das Geld, das durch Kürzungen aus unserer Gesundheit herausgepresst werden soll, ist da. Es ist bei den 1%, die auf Kosten der 99 % immer reicher werden. Die 3,4 Mrd., die gekürzt werden sollen, entsprechen dem Nettoverlust aus der Bankenrettung (Quelle: Arbeiterkammer). Privatisierungen, Privatbehandlungen für wenige reiche und private Krankenversiche-

heitszentren ermöglichen. Dort könnten dann ausreichend viele gut bezahlte, gut ausgebildete SpezialistInnen verschiedener Gebiete arbeiten.

Über Versorgungsziele und Gesundheitseinrichtungen müssen die wirklichen ExpertInnen - PatientInnen und Beschäftigte - entscheiden, nicht hochdotierte BeraterInnen und private Profite.

Helga Schröder

Grüne Umfaller oder eh normal?

Von wegen EU-kritisch: Zustimmung zu Lissabonvertrag (2008) und ESM (2012). Ersterer bedeutet mehr Privatisierung und Deregulierung und verpflichtet alle EU-Länder zum Aufbau einer EU-Armee, um die „wirtschaftlichen und politischen Interessen Europas zu verteidigen“. Der ESM führt zu Demokratieabbau und brutalen Kürzungsdiktaten auf dem Rücken von ArbeiterInnen, Jugendlichen und PensionistInnen.

Softer Rassismus in grün: Favorisiert wird das „Kanadische Modell“ in adaptierter Form. Dabei werden MigrantInnen letztlich nach ihrer Verwertbarkeit für die Wirtschaft bewertet. Und auch wenn manche Grün-PolitikerInnen bei Anti-abschiebe-Protesten auftauchen: Abgeschoben wird aus Wien und Oberösterreich genauso wie überall sonst, auch die Lebenssituation von Flüchtlingen ist da nicht besser.

Grüne in der Steiermark:

Im Zuge der Regierungsbeteiligung - und dem sogenannten „Übernehmen von Verantwortung“ haben die Grünen vieles mitgetragen:

- Bei Projekten wie dem „Haus Graz“ wurden städtische Eigenbetriebe privatisiert.
- Hetze gegen Minderheiten beim sogenannten „Bettelverbot“
- Erhöhung der Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel in Graz



Grüne in Wien:

- Erhöhung von diversen Gebühren: Müllabfuhr, Kanalgebühren, Parken
- Erhöhung der Wasserpreise
- Bereitschaft zu Wahlrechtsreform in Wien, die kleine Parteien benachteiligen könnte.

Karin Wottawa

Der rechte Rand

Nazi-Black-Metal: Erst auf öffentlichen Druck zahlreicher antifaschistischer Gruppen untersagte die Polizei die Auftritte mehrerer Nazi-Black-Metal Bands in Oberösterreich. Das von der Raiffeisenbank gesponserte „Castle Invasion“ Festival in Mining am Inn fand ohne die einschlägigsten Bands statt.

Eigentlich sollten am 17./18.8. bekannte Nazi-Bands wie „Flammensturm“ und „Selbstentlebung“, aber auch andere Bands ohne Berührungsängste zu rechtsextremen Inhalten wie Moredhel oder Nagaroth auftreten.

Die oft fehlende Abgrenzung in der Black-Metal-Szene macht es Nazis leicht ihre Ideen über diese Musik zu verbreiten. Es liegt an den Musik-Fans ihre Szene Nazifrei zu halten. Texte wie „Ich stille meine Gier mit Menschenfleisch, mit Zyklon B, mit Gift und Blut!“ sind kein Ausdruck von künstlerischer Freiheit, sie sind Hetze. Hakenkreuze sind keine „harmlosen heidnischen Symbole“, sie verherrlichen Massen-Mord und Diktatur.

Wohl kein Zufall ist, dass die rechts-außen Homepage von Martin Graf „Unzensuriert“ am 23. 8. einen Artikel über die Vergewaltigung eines Mädchens durch einen Migrant in Griechenland unter den Titel „Goldene Morgenröte“ setzte. In Griechenland hat die gleichnamige Neonaziorganisation nicht nur bei den Wahlen rund 6% erzielt. Sie greift auch zu brutalen Pogromen gegen MigrantInnen und hat enge Verbindungen zur Polizei. „Unzensuriert“ bringt auch gleich ein einschlägiges Zitat der Nazis. Ob das ein versteckter Aufruf ist, manche der Methoden der „Goldenen Morgenröte“ hierzulande zu übernehmen?

In der 2. Hälfte der 1960er Jahre ebte der Aufschwung auch in Italien ab. Im Herbst 1968 sprang der Funke von Prag und Paris auf Norditalien über. Es gab wilde Streiks gegen die Arbeitshetze. Die Bewegung erfasste die Industriezentren von Mailand und Turin. Die Gewerkschaft antwortete mit einem „Leistungsstreik“. Anstatt den Streik auszudehnen, sollte nur langsamer gearbeitet werden. Die Bewegung flaute vorerst ab.

Monate später wurden bei Auseinandersetzungen mit der Polizei in Süditalien einige ArbeiterInnen erschossen. Viele der im Norden Arbeitenden kamen aus dem Süden.

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

Die Folge war ein Solidaritätsstreik in Turin, der schnell wieder am Kampf des vergangenen Herbst anschloss. Die Streikbewegung erfasste weitere Lebensbereiche und gipfelte vorerst am 3. Juli in einem Generalstreik gegen die Mieterhöhungen. Im Herbst führte der von FIAT ausgehende Streik zu einer weiteren Zuspitzung. Die Gewerkschaftsführung wurde teilweise durch gewählte Komitees zur Seite gedrückt. Bis zum Ende des Streiks im Dezember konnten große Zugeständnisse erkämpft werden.

Italien 1969 ist ein gutes Beispiel für die Möglichkeiten und Dynamik eines Streiks. Die allseits für Zugeständnisse bereite Gewerkschaftsbürokratie konnte vorangetrieben und, wo notwendig, durch gewählte Organe ersetzt werden. Gerade für uns heute zeigt dieser Kampf, wie wir uns nicht nur gegen die Krise wehren, sondern eine passive Gewerkschaftsführung an die Wand drücken können.

Albert Kropf

Prekär ist unfair! Gegenwehr?

Viel schwerer habe man es „in der Privatwirtschaft“. Diese Schubladisierung ist unsinnig. Gerade der öffentliche Dienst

parlamentarische Anfrage (2953/J XXIII GP). Besonders interessant sind die ausgegliederten Bereiche: „GmbHs, Verei-

Zum Glück lassen sich viele KollegInnen nicht alles gefallen. Die AbfallberaterInnen in Wien gehen mit Aktionen in die Of-

haben wir sehr viele Nachteile, wie zum Beispiel kein 13. und 14. Monatsgehalt, keine soziale Absicherung im Krankheitsfall oder wenn wir arbeitslos werden sollten.“

Die SPÖ (Sozialdumping Partei?) ist das gerade Gegenteil eines echten „Roten Wien“. Die zuständige Stadträtin Sima stellte sich erst taub. Man ließ die Annahme von über 1.700 Protestunterschriften verweigern. Und nun wird versucht, über die Magistratsabteilung die Aufgehenden auszubluten (keine Aufträge mehr) und so loszuwerden.

Franz Neuhold

Mehr zu diesem richtungsweisenden Arbeitskampf: <http://abfallberatung.blogspot.co.at/>

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind oft nicht sicher und selten üppig bezahlt.

– in Bund und Land – zeigt beim Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse viel Kreativität. Ausgliederungen gehen mit Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Lohndumping, Kettenverträgen etc. einher. Dies findet man im Bereich von „Wiener Wohnen“ wie auch bei den Verkehrsbetrieben.

Zur Situation atypischer Beschäftigung im Bundesdienst gab es 2007/8 eine

ne, Fonds und Anstalten, Forschungseinrichtungen, Institute und Universitäten, Reinigung, Kantine, EDV“. Auf alle diesbezüglichen Fragen vermied Doris Bures (SPÖ) im Namen der Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst eine Antwort. Lediglich ein (!) lapidarer Satz findet sich dazu: „In meinen Kompetenzbereich fallen keine ausgegliederten Bereiche.“

fensive. Das Motto „Wir sind keine Wegwerfartikel“. Um ein Bewusstsein für Umweltschutz und Recycling zu schaffen, ist ihre Arbeit unverzichtbar. Doch als Scheinselbstständige wurden sie von der Stadt Wien jahrelang durch Umgehungsverträge an der kurzen Leine gehalten.

Es geht bei alledem um die Existenz von Menschen: „Durch die Selbständigkeit



Eine neue Generation von BetriebsrätInnen ist notwendig

Seit Jahrzehnten nehmen die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse zu. Errungenschaften werden aufgeweicht und abgeschafft. Heute geht es meist v.a. darum, das Er kämpfte zu verteidigen. Dafür sind aktive Betriebsräte notwendig, die ihre Arbeit transparent gestalten.

Transparenz in der Betriebsratsarbeit bedeutet, dass die KollegInnen regelmäßig über die Aktivitäten des BR informiert werden – über den Stand

von Verhandlungen, Forderungen, Erfolgen und Erfahrungen auch in anderen Betrieben. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Die einfachste ist der Aushang am zentral angebrachten „schwarzen Brett“. Heutzutage wird natürlich auch auf elektronische Kommunikation gesetzt. E-Mail und eine BR-Homepage sollen Aushänge und Flugblätter jedoch nicht ersetzen, sondern lediglich ergänzen. Das wichtigste Medium ist

nach wie vor die Betriebszeitung. Die Zeitung wird nach Hause mitgenommen, kann in den Öffis gelesen werden und natürlich auch an andere Interessierte weitergegeben werden. Außerdem können in der Betriebszeitung auch Kommentare von KollegInnen gedruckt werden, und die Zeitung somit zum Organ der gesamten Belegschaft werden.

Herbert Wanko,
BR-Kandidat bei
Jugend am Werk



Pussy Riots statt Sixx!

Mit der angeblich ansprechenden Werbung "Mädels, euer Fernseh ist da!" sollen besonders Frauen eingeladen werden, den neuen Sender Sixx anzusehen. Ein Huhn, das mit Österreichfahne um den Hals, verlängerten Wimpern, und Krönchen auf dem Kopf ausgerüstet ist, soll das Markenzeichen von Sixx darstellen. Das Huhn steht nicht für die Frauen, das Huhn ist die Botschafterin des Senders, so Bernhard Albrecht, Geschäftsführer von Sixx. Trotzdem behauptet dieser, dass Werbung und Programmauswahl doch besonders auf Frauen zugeschnitten seien. Ein ganz besonderer Sender, der vor allem Kochshows, Seifenopern und Hochzeitsserien ausstrahlt.

Wie man am aktuellem Beispiel der Pussy Riots sehen kann, sind auch Frauen sehr politisch und können ihre Meinung gut zum Ausdruck bringen. Die wegen „Rowdytums aus religiösem Hass“ Verurteilten, die sich offiziell gegen Wladimir Putin äußerten, zählen dann wohl nicht zum Zielpublikum. Warum sollte es so typisch für Frauen sein, ein seichtes Programm zu bevorzugen? Wir wehren uns dagegen, in ein solches Klischee gepresst zu werden. Sixx stellt sich dar wie ein Sender, der - fast

schon fortschrittlich - ein eigenes, eher eingegrenztes Programm für Frauen hat. Es gibt viele Fortschritte, für die wir noch kämpfen müssen, wie beispielsweise gleicher Lohn, aber ein eigener seichter „Frauensender“ gehört nicht dazu.

Das Sixx mit Rollenklischees arbeitet, die ins 19. Jahrhundert gehören, brauche ich wohl nicht weiter auszuführen. Deswegen haben wir, die SLP, eine Protestaktion gegen den Sender Sixx durchgeführt - um zu zeigen, was Frauen wirklich brauchen. Drei Forderungen waren uns besonders wichtig: Gleicher Lohn für Frauen, Arbeitszeitverkürzung und kostenlose Kinderbetreuung. Unsere Aktion fand am 28.8. an der Kreuzung Schönbrunnerstraße/Pilgramgasse statt, wo ein Plakat von Sixx hing. Mit Infotisch, Flyern und Zeitungen, kamen wir beim breiten Publikum sehr gut an, verkauften einige Zeitungen und führten spannende Diskussionen. Zu guter Letzt wollte eine Lehrerin der Basler Kunsthochschule noch unser - für diesen Anlass eigens entworfene - Plakat in ihrer Schule ausstellen. Eine sehr gelungene Aktion, die wir hoffentlich wieder machen werden!

Alexandra Markl



Foto: ÖH Salzburg

Protest bei den Festspielen

Salzburg: Am Freitag, den 20. Juli versammelten sich angesichts des Beginns der Salzburger Festspiele rund 50 AktivistInnen.

ren Seite werden die Reichen und Schönen hofiert. Die Festspiele werden von Bund, Land und Stadt mit 16 Millionen Euro subven-

unabhängig vom Einkommen, für alle zugänglich sein. Es war ein wichtiger Termin, weil seit Jahren erstmals wieder Protes-

Armut muss bekämpft, nicht versteckt werden!

Die Protestkundgebung am Herbert von Karajan Platz fand auf Initiative der SLP statt. Protestiert wurde gegen die unsoziale Politik von Salzburgs SPÖ, ÖVP & Co., die unter anderem das Bettelverbot, Wohnungsnot, Gentrifizierung, Delogierungen etc. umfasst. Allein im Jahr 2010 gab es 1.700 Delogierungsverfahren. Für 20m² zahlt Mensch 300-360 Euro. Auf der ande-

tioniert. Kleinen Kultprojekten jenseits des Mainstream aber fehlt das Geld.

Der Protest richtet sich nicht gegen die Festspiele an sich. Vielmehr ging es darum, soziale Probleme in Salzburg aufzuzeigen und den Verantwortlichen und der Ursache der Probleme, dem Kapitalismus, den Kampf anzusagen. Darüber hinaus müssen Kunst und Kultur,

te zu Beginn der Festspiele stattfanden. Haupttenor unter den TeilnehmerInnen war, dass "die heurigen Proteste die Wiederaufnahme einer Tradition bedeuten können."

In Zukunft wird es notwendig sein, die Proteste auf eine breitere Basis zu stellen, um sie erfolgreich führen zu können.

Lukas Kastner

Proteste in Wien und Graz gegen das Morden in Südafrika

Am 22. und 24.8. organisierte die SLP Proteste vor der südafrikanischen Botschaft in Wien sowie in Graz. Hintergrund war die Ermordung von 46 streikenden Bergarbeitern durch die Polizei in Südafrika am 16.8. Verantwortlich ist der Bergbaukonzern Lonmin, der in der Platinmine in Marikana Millionen scheffelt. Doch auch die südafrikanische Regierung trägt für das Massaker Verantwortung. Staatspräsident

Zuma versucht in seinem Statement, den Streikenden die Schuld zuzuschreiben. Die Protestnote, die von der SLP an die Botschaft überreicht wurde, war von BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen sozialer Bewegungen unterzeichnet. Zentrale Forderung ist die Untersuchung durch eine unabhängige Kommission aus GewerkschafterInnen und VertreterInnen der Streikenden.

Georg Kumer

Fundstück des Monats

Der Rechtfertigungsdruck ist offenbar sehr groß

Die Gewerkschaft hat in Oberösterreich einen Streik gegen Lohnkürzungen abgeblasen. Das Verhandlungsergebnis ist mies. Die Belegschaft tobt offensichtlich. Und die Gewerkschaft ist gezwungen, sich mit einem eigenen Flugblatt zu rechtfertigen. Das Geld wäre in Streikmaterial besser angelegt gewesen...

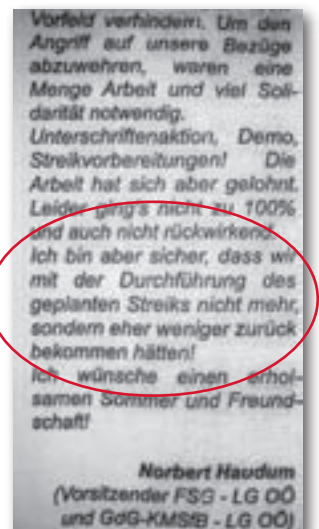


Foto: Christina Schröder

Brigitte Kashofer, Chefin der FPÖ Amstetten, hat im Juli mit ihrer Aussage, Frauenhäuser würden Ehen zerstören und Männer benachteiligen, für Empörung gesorgt. Sie bezeichnet Frauenhäuser als „Unfug, der abgestellt gehört“. Gender Mainstreaming – der Versuch, Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen gleichzustellen – sieht sie als die Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit effektiveren Waffen.

In der Migrationsdebatte stellt sich die FPÖ gerne als Frauenbefreierin dar. Dabei ist sie schnell mit dem Vorurteil zur Hand, dass muslimische Männer keine Frauenrechte respektieren würden.

Rote Seitenblicke

Die FPÖ behauptet, das „abendländische Kulturgut“ zu verteidigen: gegen Kopftuch und Zwangsheirat, für „freie Frauen“. Die Aussagen zu Frauenhäusern zeigen aber, dass der FPÖ Frauenrechte egal sind. Frauen sollen heiraten, Kinder kriegen und in gewalttätigen Beziehungen verbleiben. Das ist offensichtlich das Frauenbild der FPÖ.

Der Vorfall zeigt auch die Scheinheiligkeit der anderen Parteien. Zum Beispiel die SPÖ: Nicole Berger-Krotsch, Frauensekretärin der Wiener SPÖ, bezeichnet Kashofers Aussagen als „hasserfüllt und frauenverachtend“. Gleichzeitig hat die SPÖ aber kein Problem damit, selbst bei Frauenhäusern einzusparen. Beispiel Salzburg: Hier wollte SPÖ-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller das Halleiner Frauenhaus „Mirjam“ mit 2011 sogar schließen, obwohl es zu wenig Plätze gibt. Dies konnte durch Proteste zwar verhindert werden, Einsparungen gab es aber trotzdem.

Nora Brandes



Sport als Spiegel der Arbeitswelt

1948 fanden die ersten „Stokes Mandeville Games“ in England statt – eine Sportveranstaltung für Körperbehinderte. Anlass war die große

sind in der Olympia-Welt nicht vorgesehen. Argumentiert wird das – wie in der Arbeitswelt – mit Fairness: Die „behinderten“ könnten halt mit den

tiert, wie als behindert geltende und nichtbehinderte SportlerInnen Großereignisse gemeinsam begehen könnten. Im Gegenteil! Der 400-Meter-Sprinter Oscar

sind, sind ein weiteres Element dieser Sportpolitik.

Die Ereignisse, durch die das große Geld gemacht wird, stehen im Mittel-

In der Arbeitswelt und im Sport gilt: Als vollwertig zählt nur, wer 100% verwertbare Leistung bringt

Anzahl an Kriegsversehrten. „Olympisch“ wurden die „Paralympics“ erst 1960. SportlerInnen werden nach ihren körperlichen Fähigkeiten selektiert – nur die Unversehrten dürfen bei den „richtigen“ Spielen mitmachen. Eigene Bewerbe oder Bewerbe, in denen sowohl behinderte als auch nicht-behinderte SportlerInnen starten – z.B. bei einem gemeinsamen Staffellauf –

„normalen“ SportlerInnen nicht mithalten.

So wird klar, dass von dem hehren Ziel von Sport als verbindendem Element und dem „dabei sein ist alles“ nicht viel übrig bleibt. Es liegt auch nicht in der Natur der Bewerbe, sondern in ihrer Auswahl – bei Nachtbewerben z.B. könnten sehbehinderte SportlerInnen sogar einen Vorteil haben. Es wird nicht einmal öffentlich darüber disku-

Pitorius, der Beinprothesen trägt, musste jahrelang für seinen Start bei den „normalen“ Spielen kämpfen.

Im Sport gilt wie in der Wirtschaft: Verwertbarkeit ist alles, Freude an der Bewegung, zusammen etwas schaffen etc. gilt nichts. SpitzensportlerInnen, die an der körperlichen Überlastung zugrunde gehen und permanent auf Drogen (Doping)

punkt. Adidas steigerte seinen Umsatz nach den Olympischen Spielen in Peking um 205%. Wenn in Österreich gehofft wird, „wenigstens“ bei den Paralympics eine Medaille zu holen, verdeutlicht das einmal mehr die Zweitrangigkeit. In der Online-Presse wird zu den Paralympics getitelt, dass „der Kampf um Popularität längst aufgegeben wurde“.

Karin Wottawa

Kunst als Kapitalanlage

Da wird von „Blue Chips“ gesprochen, von „B- und C-Ware“, von „Investments“ und „Wertanlagen“. Im deutschen „Handelsblatt“ vom 20.8. heißt es: „Was Hedgefonds-Manager nicht mehr kaufen, nehmen die Rohstoffmilliardäre aus den Schwellenländern“. Nein, wir reden hier nicht von der Wall Street: Willkommen auf dem internationalen Kunstmarkt.

Als Folge der Krise wird weniger an den Finanzmärkten, dafür mehr an

den Kunstmärkten spekuliert. In den Auktionshäusern erzielen Werke – seien es Alte Meister, seien es AvantgardistInnen – Rekordpreise. Der indische Gegenwartskünstler Anish Kapoor schaffte mit 754.800 € den zweithöchsten Zuschlag der eben abgelaufenen Auktionsaison im Wiener Dorotheum. Für eine dunkelblau lackierte Stahlscheibe von 1,2 Metern Durchmesser...

Es sind längst nicht mehr feinsinnige Kunstliebhaber-

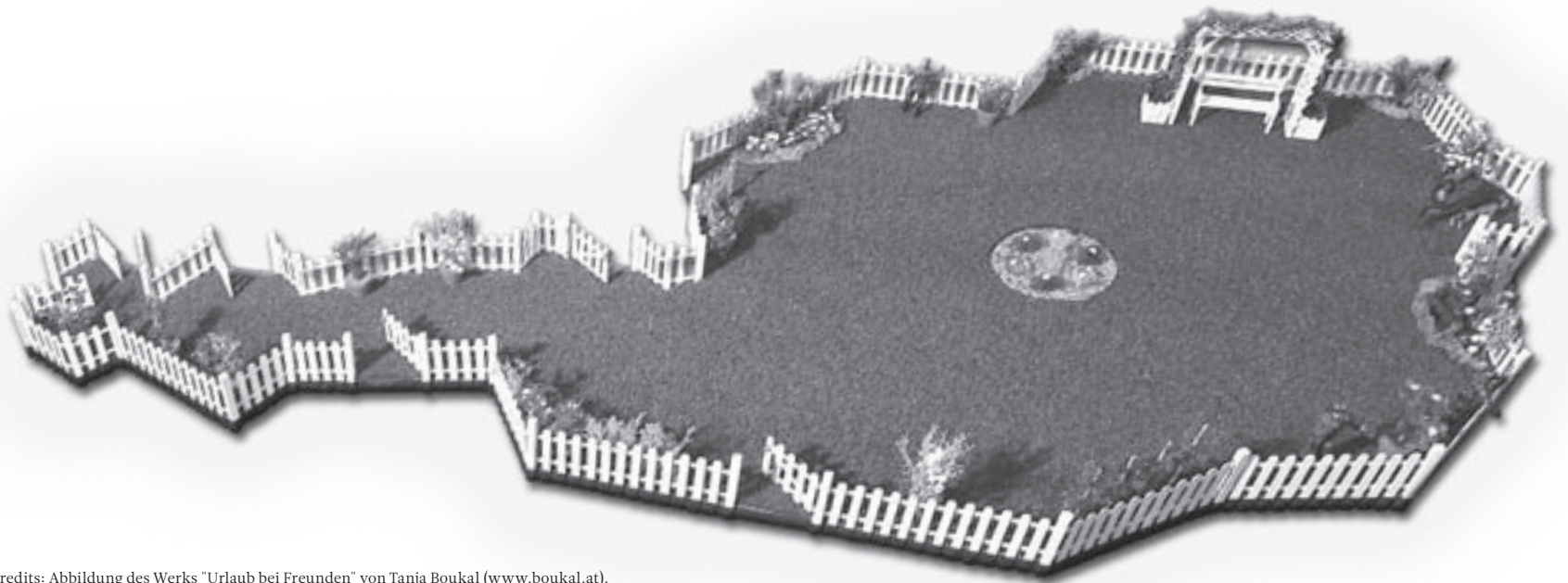


Innen, die aus ästhetischem Interessen oder kunsthistorischer Sammlerei kaufen und verkaufen. Dieses Geschäft wurde von InvestmentberaterInnen, Hedgefonds und profitorientierten Galerien, Aukti-

onshäusern und KapitalanlegerInnen übernommen.

Die Blase droht alsbald zu platzen: Die Fachzeitung „The Art Newspaper“ fragt bereits: „Wie lange geht der Kunstmarkt noch über das Wasser?“ **Alexander Svojtko**

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Credits: Abbildung des Werks "Urlaub bei Freunden" von Tanja Boukal (www.boukal.at).

Rot-weiß-roter Alleingang als Lösung?

Dass die Krise nicht vorbei ist, ist offensichtlich. Nationale Regierungen und die Institutionen der EU kommen mit dem Stopfen der Löcher kaum nach. Griechenland, Irland, Italien, Spanien, Portugal, Zypern – fast täglich neue Meldungen, die zeigen, dass der letzte Gipfel und das letzte Rettungspaket nichts an den grundlegenden Problemen geändert hat. Zunehmend

Rückkehr zu nationalen Währungen vorschlagen, gewinnen an Aufmerksamkeit. Nationalstaatliche „Lösungen“ werden sowohl von sogenannten Linken (wie der griechischen KKE, der kommunistischen Partei), als auch von rechten Kräften skizziert. In Österreich wird das Lager der Schilling-NostalgikerInnen v.a. von rechts bedient. Stronach und nach einer kurzen

zialunion war sie nie. Die EU ist v.a. ein Ausdruck der wirtschaftlichen Bedingungen und den Interessen eines Großteils des europäischen Kapitals. Einerseits sollte sie die gemeinsamen Interessen der europäischen Wirtschaft gegenüber den anderen Wirtschaftsblöcken zusammenfassen und ihnen so einen Vorteil verschaffen. Andererseits diente die EU auch

Beginn an ein „Schönwetterprogramm“.

Mit Beginn der Krise sind alle Widersprüche wieder an die Oberfläche gekommen. Die international wachsende Konkurrenz auch zwischen den Euro-Staaten stellt den Euro wieder stärker infrage. Doch die EU als Bollwerk gegen die eigenen „Leute“ funktioniert nach wie vor. Wer behauptet, der Euro

wird, bedeutet das nicht, dass in Österreich mehr Geld für den Sozialstaat verwendet würde. Und wenn diese Länder abwerten, können sie zwar mehr exportieren, aber dafür steigen ihre Schulden und Importe werden verteuert. Die nationalistische Propaganda hilft, von den wirklichen Ursachen abzulenken: vom kapitalistischen Chaos, das in Ländern mit und ohne Euro zur Krise führt, vom Versuch, die Löhne immer weiter zu drücken, egal ob das Nachbarland dieselbe Währung hat oder eine andere.

Angesichts der Euro-Krise werden wieder verstärkt Vorschläge für eine österreichische Lösung laut.

stellt die Krise Euro und EU zur Debatte, wobei die verschiedensten „Lösungsansätze“ miteinander konkurrieren. Im Moment will die Mehrheit der etablierten Parteien zusammen mit UnternehmerInnenverbänden und Gewerkschaften EU und Euro (wenn auch mit unterschiedlichen Änderungsvorschlägen) erhalten. Doch jene Überlegungen, die eine Stärkung der Nationalstaaten bzw. eine

Unsicherheit auch die FPÖ setzen auf nationalistische Lösungen in Sachen Währung.

Doch eine EU-Kritik, die sich auf den Euro als gemeinsame Währung konzentriert, geht am Wesentlichen vorbei. Die EU als Ganzes war niemals ein Friedensprojekt. Sie hat auch niemals dazu gedient, den Lebensstandard der Menschen in Europa zu erhöhen. Eine So-

dazu, die Lohn- und Sozialstandards in den einzelnen Ländern nach unten hin anzupassen und zu verschlechtern. Beim Euro ging es natürlich nicht darum, dass wir im Urlaub nicht mehr Geld wechseln müssen, sondern um eine Stärkung des Wirtschaftsblocks Europa gegenüber dem US-Dollar. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen und Wirtschaftsstärken der einzelnen Staaten war der Euro von

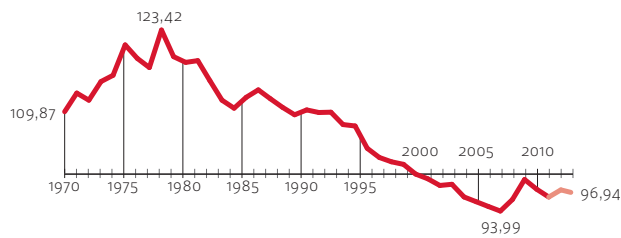
ro wäre das Problem, bzw. ein Euro-Ausstieg würde an den grundlegenden sozialen Problemen, mit denen sich Millionen Menschen in Europa konfrontiert sehen, etwas ändern, irrt oder lügt. Den Euro als Ursache dafür zu nennen, dass in vielen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit bei 50% liegt, ist ein Ablenkungsmanöver. Auch wenn Länder wie Griechenland oder Spanien aus dem Euro gewor-

Wer also den Euro ins Zentrum der Kritik stellt, der versucht damit nur, den Kapitalismus als System zu retten. Doch dieser Kapitalismus hat die Krise und alle ihre Folgen verursacht und ist damit selbst das Hauptproblem! Wir wollen dieses Problem beseitigen.

Jan Rybak
und Sonja Grusch

Reale Lohnstückkosten in Österreich

Beschäftigte werden immer billiger – Unternehmen profitieren!



2000 = Index 100; 2012–2013: Prognose
Quellen: WIFO, Eurostat, Details: slp.at/q211

Zahlen und Fakten zu Wirtschaft und sozialer Lage

Sitzen auf Geldsäcken

Die Cash-Bestände der heimischen Leitbetriebe lagen Ende 2011 bei 8,3 Milliarden Euro – weit über dem Vorkrisenniveau. 50% davon sind bei nur fünf Unternehmen. Spitzenreiter sind die Strabag SE (€ 1,7 Mrd.), die Andritz AG (€ 1,2 Mrd.) und die Immofinanz AG (€ 512 Mio.).

Das Geld wird aber nicht investiert, sondern gehortet. (Quelle: PwC-Liquiditätsreport) Das Wirtschaftsforschungsinstitut IHS geht für 2012 von einem Rückgang der Bruttoinvestitionen von 1,1% aus.

Die reichsten zehn Familien verfügen über 68,8 Milliarden Euro. Und die Reichen werden jedes Jahr um 8% reicher (Quelle: Valluga)

Hohes Risiko

Ca. 240 Milliarden Euro haben österreichische Banken zurzeit in Krediten in Osteuropa stecken. 10–20% der Kredite in Süd- und Osteuropa gelten als schwer oder nicht einbringbar. Das Ausfallrisiko liegt – je nach Schätzung – zwischen einer Milliarde (österreichische Schätzung) und zehn Milliarden Euro (EU-Schätzung). Die Kommalkredit hat bereits 17 Milliarden in eine „Bad Bank“ verschoben, von der Hypo Alpe Adria sollen weitere zehn Milliarden folgen. Die notverstaatlichten Banken Komunalcre-

dit, Hypo Alpe Adria und Volksbanken AG haben bereits mehr als fünf Milliarden erhalten. Zusätzlich haftet der Bund, und damit die SteuerzahlerInnen, für rund zwölf Milliarden Euro.

Auch in Österreich wird ausgebeutet

2010 haben 75% der unselbstständig Erwerbstätigen weniger als 1.900 Euro verdient. 50% der Frauen haben im gleichen Jahr weniger als 1.000 Euro netto pro Monat verdient. Die Teilzeitquote hat sich seit Mitte der 1990er auf 25% fast verdoppelt. Nur mehr 48% der Beschäftigten arbeiten die „Normalarbeitszeit“ von 35–40 Stunden/Woche. All das hat dazu geführt, dass die Lohnstückkosten seit den 1980er Jahren um fast ein Fünftel gesunken sind. Die Arbeitskraft ist hierzulande zwar hoch qualifiziert, aber im internationalen Vergleich auch nicht teuer. (Quelle: AK)

80% der Beschäftigten sind mit ihrer finanziellen Situation unzufrieden, ein Drittel muss „dazuverdienen“.

Kürzungen bei uns?

Das Sparpaket sieht Kürzungen bei Gesundheit (1,4 Mrd.), Ländern & Gemeinden (also v.a. bei Sozialem und Pflege; 5,0 Mrd.), im Öffentlichen Dienst (2,5 Mrd.) sowie Pensionen und Bildung vor.

Österreich: Klein und besser allein?

Der Milliardär Frank Stronach hat das Institut für sozialökonomische Gerechtigkeit gegründet. Die FPÖ präsentiert sich als „soziale Heimatpartei“. Beide argumentieren für eine nationalistische Lösung der Wirtschaftskrise. Stronach ist für den Austritt aus dem

Das schwache Wachstum der letzten Periode fand v.a. im Schlepptau der deutschen Wirtschaft statt. Aktuelle Untersuchungen gehen für 2012 von einem Wachstum von unter einem Prozent aus. Die Wirtschaftsforschungsinstitute benennen zwar die Risiken,

beit gespart werden. Für uns heißt das dann weniger Geld für mehr Arbeit und höherer Arbeitsdruck.

Das ist kein neuer Trend: Die realen Lohnstückkosten (also wie viel die Produktion eines „Stücks“ kostet) sind seit 1980 um fast ein Fünftel gesunken. Das ist mehr als in Deutschland oder im EU-Durchschnitt. In der Krise hat sich dieser Trend fortgesetzt. Die Unternehmen erhalten Steuergeschenke, Subventionen oder erpressen mit dem Verweis auf die Krise niedrige Lohnabschlüsse. Der Grund dafür ist aber nicht, dass die Unternehmen kein Geld hätten. Das behaupten sie zwar immer gerade vor Lohnverhandlungen, die Realität sieht aber anders aus. Das beweist auch eine PwC-Studie: „Die österreichischen Leitbetriebe setzen lieber auf Bargeldreserven als auf Investitionen.“

Auch das ist nicht neu. Seit Ende der 1970er Jahre steigt die Gewinnquote regelmäßig. Auch in Krisenperioden. Die Investitionsquote dagegen bleibt stabil bzw. sinkt sogar (Quelle: WIFO, Statistik Austria). Das bedeutet, dass die Wirtschaft selbst nicht an Aufschwung und „alles wird gut“ glaubt. Es bedeutet aber auch, dass genug Geld da wäre, um in neue Jobs, ordentliche Löhne und Gehälter, in unser Gesundheits-, Bildungs- oder Pensionssystem, in neue Maschinen etc. zu investieren. Sie wollen es nur nicht, weil sie sich davon keine Gewinne erwarten. Trotzdem wird ständig erklärt,

Österreich ist keine Insel der Seligen, sondern Teil des weltweiten Wirtschaftssystems.

Euro. Strache will einen Rauswurf der „Schwachen“ und einen starken Euro um Deutschland herum. Das gewünschte Ergebnis ist ähnlich: Österreichs Wirtschaft soll durch die wiedergewonnene Eigenständigkeit florieren. Soweit die populistische Propaganda.

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Der „Wahnwitz“ der Finanzmärkte oder die „Fehler“ von Regierungen oder einzelnen Unternehmen sind nur Symptom, nicht Ursache der Probleme. Die österreichische Wirtschaft ist mittendrin. Sie profitiert von den Angriffen auf die Rechte der Beschäftigten, die jetzt in der Krise von der EU gefordert und durchgeführt werden. Sie ist aber auch abhängig von internationalen Entwicklungen. Tatsächlich sind die Fundamente der österreichischen Wirtschaft schwach: Exportabhängigkeit, hohes Engagement der Banken in Osteuropa, schwache Inlandsnachfrage.

verbreiten aber auch die Illusion, dass diese nicht schlagend würden. Also „eh alles gut“. Doch danach sieht es nicht aus. Die EU kracht an allen Ecken. Weitere „Rettungspakete“ sind in den kommenden Monaten wahrscheinlich. Natürlich auf unsere Kosten.

Rund 70% aller heimischen Exporte gehen in EU-Staaten, 12% der Nachfrage nach Deutschland. Dortige Probleme werden also schnell zu österreichischen. Sinkt die Nachfrage in Deutschland, bricht in Österreich die Wirtschaft ein. Den Unternehmen sind diese Gefahren bewusst. Das zeigt sich an den niedrigen Investitionen.

Wie reagieren die heimische Politik und die Wirtschaft auf diese Zukunftsaussichten? Sie versuchen, die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern. Das bedeutet, österreichische Waren auf ausländischen Märkten billiger zu machen. Da die Rohstoffpreise steigen und die meisten auch importiert werden, kann eigentlich nur beim „Kostenfaktor“ Ar-



dass „die Wirtschaft“ bei Lohnkosten, Steuern und Abgaben sparen müsse.

Wir Beschäftigte haben diese Geldreserven erwirtschaftet und haben deswegen auch Anspruch darauf. Das CWI fordert daher, dass diese Reserven mit mind. 50% besteuert

te. Als diese krachen gingen, wurden die Verluste seit 2007 der Öffentlichen Hand umgehängt. Bis heute haben österreichische Banken geschätzte 240 Milliarden Euro in wackeligen Krediten in Osteuropa stecken. Das Ausfallrisiko liegt zwischen einer

Strache helfen ihm dabei, wenn sie eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer strikt ablehnen.

Weder ein Austritt aus der EU noch die Wiedereinführung des Schilling oder ähnliche Modelle würden an der Verstrickung der österreichischen

Die heimische Wirtschaft bunkert Milliarden und behauptet, kein Geld für Lohnerhöhungen zu haben!

und für dringend notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Wohnen oder ein ökologisches Transportwesen verwendet werden.

Wo sind aber die rechten PopulistInnen, wenn es um den Ausbau des Sozialstaates, um bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne geht? Stronach fordert eine Flat Tax, die unsozialste Steuerform überhaupt. Dass das dem Unternehmer und Milliardär gefällt, ist nachvollziehbar. Und die FPÖ? In ihrem Leitartikel „Österreich zuerst“ finden sich hauptsächlich Angriffe auf MigrantInnen. Doch wenn die Wirtschaft „wenig Lust auf eine Aufstockung des Mitarbeiterstandes hat“ (Zitat: Wiener Wirtschaft), dann sind nicht MigrantInnen dafür verantwortlich, sondern eben Leute wie Stronach.

Unternehmen sind heute eng verflochten mit Banken und Versicherungen. Sie alle investieren seit Langem in der Hoffnung auf riesige Gewinne in riskante Finanzkonstruk-

Milliarde (österreichische Schätzung) und 10 Milliarden Euro (EU-Schätzung). Damit es für die Banken keine harte Bruchlandung gibt, haben wir schon viel bezahlt. Das Bankenrettungspaket wurde gleich einmal mit 100 Milliarden ausgestattet. Für Kommunalkredit, Hypo-Alpe-Adria und Volksbanken AG wurden bereits Milliarden an Steuergeldern verwendet. Von den riesigen Gewinnen aber, die diese Institute in den vergangenen Jahrzehnten gemacht hatten, haben wir nichts gesehen. Die haben die InhaberInnen und AktionärInnen eingestreift.

Die internationale Verflechtung der österreichischen Wirtschaft macht deutlich, dass alle nationalistischen Lösungen eine Illusion sind und Schiffbruch erleiden werden. Herr Stronach will keine Steuern zahlen, das steckt letztlich hinter seinem ganzen Konzept. Und dass er das auch jetzt schon nicht tut, zeigt sich daran, dass er steuerlich in die Schweiz geflüchtet ist. Die FPÖ und

Wirtschaft mit der EU irgendetwas ändern. Betriebe in Österreich werden egal in welcher Währung – im Versuch, international konkurrenzfähig zu bleiben, die Löhne weiter reduzieren und noch mehr Steuergeld verlangen. Doch weil gerade auch die Gewerkschaftsbürokratie auf die „Österreich zuerst“ Standortlogik setzt, haben nationalistische Kräfte es leicht, ihre Propaganda zu verbreiten.

Eine Verteidigung des eigenen Lebensstandards kann nur gemeinsam mit KollegInnen aus und in anderen Ländern auf Dauer möglich sein. Wir wollen nicht nur eine verbesserte EU. Denn solange sich die EU nach den kapitalistischen Spielregeln und Notwendigkeiten orientiert, wird sich an ihrer Politik nichts ändern. Wir wollen eine andere europäische Vereinigung und zwar auf sozialistischer Grundlage. Nicht Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschen stehen dann im Zentrum der Gesellschaft.

Sonja Grusch



Marx aktuell

Österreich ist das zwölftreichste Land der Welt. Ein „Global Player“, der in Krisenregionen wie dem Sudan strategische Interessen verfolgt, zahlreiche internationale Beteiligungen besitzt und mit blutigen Diktaturen wie dem Iran Geschäfte macht. Geld stinkt nicht! Selbst die bürgerliche „Presse“ titelte anlässlich der versuchten Übernahme der ungarischen MOL durch die OMV sowie deren Iran-Geschäfte „Erst das Fresen, dann die Moral“. Die Verquickung zwischen diesem „skrupellosen Kapitalismus“, von Lenin treffend als Monopolkapitalismus bezeichnet, und der Politik ist in der Alpenrepublik womöglich größer als in anderen „parlamentarischen Demokratien“ (vgl. Telekom-Affäre und Hypo Alpe Adria). Sozialer als anderswo ist „unsere“ Marktwirtschaft jedenfalls nicht. Auch wenn sich Teile der KapitalistInnenklasse hier-

Der Imperialismus und die Insel der Seeligen

zulande gelegentlich „globalisierungskritisch“ gebärden: „Unsere“ Wirtschaft ist integraler Bestandteil der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. Einen eigenständigen „österreichischen Weg“ gibt es nicht. Wichtige Industriekonzerne haben ihren Sitz in Österreich, so der Erdölkonzern OMV, der Stahlkonzern Voest Alpine AG und deren Tochter Böhler-Uddeholm AG, das Stahlbauunternehmen Waagner-Biro AG, der Wasserkraftwerkbauer VA Tech Wabag GmbH (mit einer zweiten Zentrale in Chennai, Indien), die Andritz-Gruppe, Plansee, der Reifenhersteller Semperit AG, das Bauunternehmen Strabag, die Mayr-Melnhof Karton AG, der Autohersteller Magna Steyr, die Stromkonzerne Verbund AG, EVN AG, Tiwag, Kelag, Wr. Stadtwerke u.a. Sie alle versuchen, ihren Einfluss auf die Außenpolitik geltend zu machen.

Die 2007 ausgebrochene globale Wirtschafts- und Finanzkrise hatte drastische Konsequenzen für die Erlöse und die Auftragslage dieser Unternehmen. Die Verschmelzung dieser Konzerne mit den großen Banken des Landes zum Finanzkapital und der Grad der Kapitalexporte entsprechen exakt Lenins Analyse von 1917 in seinem berühmten Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Lenin beschreibt darin die Aufteilung der Welt in Einflussphären großer multinationaler Konzerne sowie zwischen den größten kapitalistischen Staaten in der Phase des Spätkapitalismus.

„Unsere“ KapitalistInnenklasse war zudem federführend am Zustandekommen der Europäischen Währungsunion beteiligt – dem zentralen Projekt der nationalen Bourgeoisien Europas im letzten Jahrzehnt – und macht sich auch heute für den Erhalt des Euro stark. Der Beitritt Österreichs zur EU 1995 erfolgte nicht aus Angst, allein und isoliert dazustehen, sondern war Teil eines strategischen Plans zur Aufteilung der neuen Märkte in Zentral- und Osteuropa (CEE). Ein Großteil der Profite von Bank Austria, Raiffeisen, Erste Group, Hypo Alpe Adria und Volksbank Gruppe stammen aus der CEE-Region. Ein Euro-Austritt hätte für diese Unternehmen fatale Folgen. Auf Grund seiner Geschichte sowie seiner geographischen Lage konnte der Staat Österreich eine besondere Rolle bei der kapitalistischen Restauration im ehemaligen Ostblock sowie am Balkan spielen und hat auch in militärischer Hinsicht seine Interessen als regional-imperialistische Macht wahrgenommen – und sich alles andere als „neutral“ verhalten.

Pablo Hörtner



„Vereinigte sozialistische Staaten von Europa“

Die EU nennt als ihre Errungenschaften: „ein halbes Jahrhundert Frieden, Stabilität und Wohlstand, ihren Beitrag zur Steigerung des Lebensstandards und die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung.“ (eu-

beiterInnenbewegung gespalten hatte, stellten SozialistInnen dem europäischen Krieg die Forderung nach einer Vereinigung Europas entgegen. Während einige sich vorstellen konnten, Frieden, Demokratie und europäische

vate Aneignung von Profit im Zentrum des ökonomischen Handelns stehe, eine europäische Einigung im besten Falle eine Einigung über die Aufteilung der Kolonien, der Herrschaftsgebiete und über die gemeinsame Unterdrückung

getrieben, und wir werden untergehen, wenn wir uns nicht so lange zu behaupten verstehen, bis wir eine mächtige Unterstützung durch die aufständischen Arbeiter der anderen Länder erhalten.“ (Lenin, Rede im Moskauer Sowjet, 1918)

schaftlichen Bedürfnissen, etc.

Dass sich die griechische ArbeiterInnenklasse, wenn sie diesen Weg beschreiten sollte, brutalen Angriffen von Seiten des Kapitals im In- und Ausland, der EU und vielleicht sogar der Armee ausgesetzt sähe, liegt auf der Hand. Alleine könnte ein revolutionäres, sozialistisches Griechenland schlicht nicht überleben. Aktive Solidarität der ArbeiterInnen und Jugendlichen Europas für Griechenland wäre notwendig. Diese Form der Solidarität muss letztlich revolutionär auf das eigene Land bezogen sein. Ein sozialistisches Griechenland, neben einem sozialistischen Spanien, Portugal, Italien, Irland, etc. könnte die Grundlage für eine völlige Neuordnung Europas darstellen. Eine sozialistische Vereinigung wäre nicht nur die einzige Möglichkeit, revolutionäre Veränderungen in den einzelnen Ländern abzusichern, sondern darüber hinaus ein Startpunkt, um auf internationaler Ebene das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.

Jan Rybak

Über eine alte Losung, ihre Aktualität und Perspektiven jenseits von kleinstaatlichen Kuschelkapitalismus-Phantasien.

ropa.eu) Nun scheint zumindest die Sache mit der gemeinsamen Währung sich nicht als derart große „Errungenschaft“ herauszustellen. Die Krise der EU tritt an den Rändern auf und droht das wichtigste ökonomische Band, die gemeinsame Währung, zu zerreißen. Während manche von der „europäischen Partnerschaft“ enttäuscht sind und andere zum kleinstaatlichen, scheinbar harmonischen Kapitalismus der 70er zurück wollen, schlagen Sozialisten und Sozialistinnen ein völlig anderes Konzept einer echten europäischen Einigung vor: Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Während des 1. Weltkriegs, als nationalistische Hetze Europa und die Ar-

beiterInnenklasse sein könne. Eine echte europäische Einigung kann nur auf sozialistischer Grundlage erfolgen. Nach der russischen Revolution nahm die neu gegründete Kommunistische Internationale die Forderung nach der europäischen Einigung auf sozialistischer Grundlage in ihr Programm auf (Stalin strich sie 1928). Die russische Revolution wurde von den Bolschewiki nie als einzelner isolierter Akt betrachtet, sondern als Auftakt für eine europa- und weltweite Revolution, die den Kapitalismus überwinden und eine internationale, demokratische, sozialistische Gesellschaft erreichen sollte. Lenin in einer Rede: „Unsere Rückständigkeit hat uns vorwärts-

der ArbeiterInnenklasse

der ArbeiterInnenklasse sein könne. Eine echte europäische Einigung kann nur auf sozialistischer Grundlage erfolgen. Nach der russischen Revolution nahm die neu gegründete Kommunistische Internationale die Forderung nach der europäischen Einigung auf sozialistischer Grundlage in ihr Programm auf (Stalin strich sie 1928). Die russische Revolution wurde von den Bolschewiki nie als einzelner isolierter Akt betrachtet, sondern als Auftakt für eine europa- und weltweite Revolution, die den Kapitalismus überwinden und eine internationale, demokratische, sozialistische Gesellschaft erreichen sollte. Lenin in einer Rede: „Unsere Rückständigkeit hat uns vorwärts-

Was hat das alles mit heute zu tun? Die ArbeiterInnen und Jugendlichen Europas, insbesondere an den Rändern, sind heute den furchterlichsten Angriffen seit Jahrzehnten ausgesetzt. Manche „Linke“ wünschen platt den Austritt aus dem Euro und die Rückkehr zum kleinstaatlich organisierten, scheinbar besseren, Kapitalismus. SozialistInnen sehen das Problem im ökonomischen System Kapitalismus und arbeiten auf dessen Sturz hin. Das würde u.a. bedeuten: keine Rückzahlung der Schulden, Verstaatlichung der Banken und der wichtigsten Wirtschaftssektoren unter demokratischer Kontrolle durch Bevölkerung und Beschäftigte, demokratische Planung der Wirtschaft nach gesell-

Religionsunterricht? Nein, Danke!

Offiziell existiert in Österreich eine Trennung zwischen Kirche und Staat. Dass die Realität ganz anders aussieht, zeigt sich im Schulalltag jedes Kindes – daran, dass der Religionsunterricht nach wie vor im Stundenplan steht. Der Religionsunterricht ist nicht, wie so oft dargestellt wird, ein „Freifach“. Für ein Freifach müssen sich SchülerInnen anmelden, vom Religionsunterricht muss man sich abmelden – was nicht immer leicht gemacht wird. Dafür bezahlen muss trotzdem jeder Einzelne von uns. 72 Millionen Euro kostete der Religionsunterricht im AHS- und BMHS-Bereich im Jahr 2011. Insgesamt fließen allein im Bereich der Bundesschulen 320 Millionen Euro an Subventionen in den religiösen Sektor.

Im Klartext heißt das, dass wir SteuerzahlerInnen einige ausgewählte Privatvereine – in erster Linie die katholische Kirche – dafür finanzieren, an öffentlichen Schulen „unterrichtet“ zu dürfen. Sie dürfen unwissenschaftliche Märchen wie die Schöpfungsgeschichte verbreiten, einzelne Bevölkerungsgruppen wie Homosexuelle beleidigen, antiquierte Familien- und Rollenbilder verbreiten und Kindern durch „Gottesfurcht“ Angst ma-

chen und ihnen das kritische Denken abgewöhnen. Und natürlich, es gibt sie, die toleranten, weltoffenen ReligionslehrerInnen, die sich in erster Linie mit anderen Religionen und moralisch-ethischen Fragen beschäftigen. Aber dafür braucht es kein eigenes Fach, auch nicht Ethik. Notwendig ist eine kritische Auseinandersetzung mit Fragen von Menschenrechten, Demokratie und Mitbestimmung im Unterricht. Und das in sämtlichen Fächern – und letztlich in einer anderen Schule!

Ich will hier bei Gott (ha!) niemandem das Recht absprechen, an irgendetwas zu glauben oder seine Religion aktiv auszuüben. Wer religiös sein möchte, soll das selbstverständlich dürfen. Und wer sich in seiner Religion weiterbilden will, soll das ebenfalls dürfen. Aber dann im Privatleben, der eigenen Freizeit und selbst finanziert. Vereine, egal ob religiös oder sonstwie reaktionär, haben an unseren Schulen und in der Ausbildung nichts zu suchen. Die Steuermillionen, mit denen wir jährlich die Kirchen und ihre Propaganda subventionieren, könnten weit sinnvoller genutzt werden.

Simon Nagy



HLI-Kongress stoppen!

Von 4.–8. 10. findet in Wien der „6. Welt-Gebets-Kongress für das Leben“ statt. Schwerpunkt dieses Kon-

gresses soll die Sühne für Abtreibungen sein. Veranstalter wird er vom ultrarechten Rand der radikalen Abtreibungsgegner, z.B. Human Life International (HLI). „Prominente“ Gäste werden erwartet, wie Weihbischof Laun, der meint, dass „Österreich und auch andere Länder vom Übel der Abtreibung und der Kultur des Todes befreit“ werden solle. Auch Philip Reilly, ein Urgestein

gegen Abtreibungen sind, wird erwartet. Grußworte gibt's von Kardinal Schönborn, Vizekanzler Spinde-

ÖVP-Politiker bei Treffen der radikalen Abtreibungsgegner

legger und Erwin Pröll. Damit bekommen die gar nicht harmlosen Abtreibungsgegner aktive Unterstützung aus Kirche und Politik. Das hilft ihnen, die Politik zu beeinflussen. Auch die Blauen fordern eine Stiftung „zum Schutz des Lebens“ oder den Ausbau von „Schwangerschafts-konflikt-beratungsstellen“. Besonders scheinheilig ist, dass die ÖVPLer zwar

gegen Abtreibungen sind, sich aber durch ihren Sozialabbau immer weniger Frauen ein Kind leisten können. Im Rahmen des Kongresses wollen die Reaktionen eine Gebetsvigil abhalten. Dazu haben sie sich eine Abtreibungsklinik am Fleischmarkt ausgesucht. Die SLP mobilisiert bereits dagegen, denn Abtreibung ist ein Grundrecht der Frauen!

Sedef Yavuz

Kundgebung:

6.10. um 7:30h
Wien 1 - Fleischmarkt



Vor 20 Jahren: Europaweite Mobilisierung gegen Rassismus

24. Oktober 1992: Mehr als 50 000 Jugendliche und ArbeitnehmerInnen aus ganz Europa demonstrierten in Brüssel gegen Rassismus und Neonazis. Das Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale ergriff angesichts der Pogrome gegen Flüchtlinge in Rostock die Initiative zur europaweiten Jugendkampagne „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE). Ziel war, Jugend und Gewerkschaften gemeinsam gegen Rassismus und seine Ursachen

(Sozialabbau, Arbeitslosigkeit,...) zu mobilisieren. Als eine Art Gründungserklärung in der Praxis mobilisierte JRE europaweit für die erste internationale Demonstration gegen Rassismus. Aus Österreich nahmen rund 200 Jugendliche teil. JRE entwickelte sich in Folge in vielen Ländern zu einer wesentlichen Kraft im Kampf gegen Rechts und stellte dem Nationalismus von rechts internationale Antworten entgegen.

Harald Mahrer

Termin des Monats

Protest gegen Abschiebungen

Die Anti-Abschiebungskampagnen „Yaya soll bleiben“, „Zekerye muss bleiben“ und „Omar muss bleiben“ haben sich vernetzt und die Initiative „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“ ins Leben gerufen.

Am 27. 9. organisiert die Initiative einen Protesttag. Die SLP war von Anfang an dabei und ruft auch für den 27. 9. zum

Widerstand gegen Mikl-Leitner & Co auf!

Protesttag gegen Abschiebungen

27.9. um 16 Uhr
Kundgebung anschl. **Demonstration**

Treffpunkt: Mariahilferstraße beim Museumsquartier Omofuma-Gedenktafel



Spanien: BergarbeiterInnen nehmen den Kampf auf

Am 31. Mai traten die KohleminenarbeiterInnen von Asturien, León und Aragón (insgesamt etwa 8.000 Personen) gegen die von der Regierung geplanten Einsparungen von Subventionen in ihrem Sektor in den unbefristeten Streik. Diese Spar-

darunter Einsperrungen, Absperrungen von Straßen und Bahnstrecken, Generalstreiks und Demos in den Minengebieten, sowie einem Fußmarsch über hunderte Kilometer in die Hauptstadt Madrid, der mit einer Solidaritätsdemonstration tausend-

schlachtähnlichen Szenen zeigen, die eher zu einem BürgerInnenkrieg zu passen schienen. Diese Bilder inspirierten breite Schichten von Jugendlichen und ArbeiterInnen, was zweifellos den großartigen Empfang erklärt, der den MinenarbeiterInnen

den kleinen Sieg erkämpft, dass in diesem Jahr keine Mine geschlossen wird. Aber sie sind sich dessen bewusst, dass sie den Kampf fortführen müssen, um weiterhin ihre Arbeitsplätze und die Zukunft ihrer Regionen zu erhalten. In einigen Fabriken sind bereits weitere Streiks geplant, und im September soll es zu Versammlungen der Kumpels kommen, um über künftige Aktionen zu entscheiden.

die Basis aufwühlen, so dass sie von der Gewerkschaftsführung nach der hohen Militanz des Generalstreiks vom 29. März noch entschlosseneren Aktionen verlangen wird. Spanien stehen weitere explosive Klassenkämpfe bevor – und die BergarbeiterInnen stehen an vorderster Front.

Die spanische CWI-Sektion, Socialismo Revolucionario, war beim Einmarsch der Kumpels in Madrid vor Ort. Wir bekundeten unsere Solidarität und forderten große öffentliche Investitionen zur Schaffung alternativer Arbeitsplätze in den Minenregionen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Schaffung eines Energieplans unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen, der sowohl die realen Bedürfnisse der Bevölkerung als auch mögliche soziale und ökologische Auswirkungen berücksichtigt. Außerdem ist es nötig, den Kampf mit Hilfe eines bundesweiten 48-stündigen Generalstreiks gegen alle Sparmaßnahmen auszuweiten.

MinenarbeiterInnen von Asturien, León und Aragón weisen ArbeiterInnenklasse den Weg

maßnahmen würden die Schließung ihrer Minen und somit den direkten Abbau von tausenden Arbeitsplätzen und von indirekt etwa 30.000 Stellen bedeuten. Es gibt bereits Verträge zur Schließung der Minen im Jahr 2018, doch die Regierung scheint ihr Ziel unter dem Vorwand der Krise vorverlegt zu haben, um den Minengewerkschaften einen Schlag im Stile Margaret Thatchers zu verpassen. Die Kumpels kämpfen auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in ihrer Region, um diese vor Armut und Abwanderung zu bewahren.

Der Streik hat mehr als zwei Monate (bis Anfang August) angehalten. Er war von einer Reihe weiterer Aktionen begleitet,

der BürgerInnen aus Madrid und aus anderen Teilen des Landes abgeschlossen wurde.

Die einzige Antwort der Regierung auf die Proteste war der Versuch, die Bewegung durch massive Einsätze von Gendarmerie und Polizei, die schwere Zusammenstöße mit den Kumpels provozierten, zu unterdrücken. Diese wurden von ständigen Perlustrierungen und Anhaltungen begleitet.

Die Szenen der Auseinandersetzung zwischen Gendarmerie und Kumpels wurden anfänglich von den Leitmedien totgeschwiegen. Mit der Zeit allerdings war es nicht mehr möglich, den Konflikt zu verschweigen. Selbst die kapitalistischen Medien mussten die Bilder dieser

nen später in Madrid bereitet wurde.

An dieser Stelle sollte an die Bedeutung erinnert werden, die die asturischen Kumpels in der Geschichte Spaniens für den Kampf und die Solidarität der ArbeiterInnen hatten: beispielsweise während der Revolution von 1934 sowie während der Streiks 1962, die als erstes wichtiges Aufbegehren der ArbeiterInnenbewegung zur Zeit des Franco-Regimes gelten.

Der unbefristete Streik dieses Jahr endete nach zwei Monaten an der Erschöpfung der ArbeiterInnen und auf Grund der mangelnden politischen Aktivität in Spanien im August. Aber das bedeutet keine Niederlage. Im Augenblick haben die Kum-

„Nur die Spitze des Eisbergs“

Die Verurteilung der „Pussy Riots“ in Russland hat weltweit Proteste ausgelöst. Vorwärts sprach mit Rob Jones aus Moskau.

V: Die Proteste gegen Putin scheinen abgekühlt zu sein. Hat der Fall der Pussy Riots sie neu entfacht?

R: Tatsächlich sind die Proteste nur wegen der Sommerperiode zurückgegangen. Für Mitte September ist eine Demonstration geplant, die recht groß werden könnte. Die Verurteilung der Pussy Riots ist nur die Spitze des Eisbergs der Repression gegen AktivistInnen. Es gab jüngst wieder eine Verhaftungswelle gegen die Opposition. Aber natürlich hat die oppositionelle Stimmung dadurch einen neuen Kristallisationspunkt erhalten. Umfragen zeigen, dass 49% der Menschen in Russland Putin nicht für eine vierte Amtsperiode wollen, 42% unterstützen die Proteste der Opposition und 19% sind bereit daran teilzunehmen. Wir fordern nicht nur die Freilassung der Pussy Riots, sondern v.a. auch die sofortige und vollständige Trennung von Kirche und Staat.

V: „Die Opposition“ ist ja nicht homogen. Was bedeutet das in der Praxis?

R: Die Songs der Pussy Riots richten sich v.a. gegen Putin und gegen die russisch-orthodoxe Kirche. Damit hat aber auch der rechte Teil der „Opposition“ große Probleme. Sie bestehen darauf, dass die „Einheit“ aller anti-Putin-Proteste gewahrt bleiben muss. Damit meinen sie aber eine Einheit mit der extremen Rechten und nationalistischen Kräften, die wiederum fanatische VertreterInnen der Kirche sind. Mit dem Argument der Einheit versuchen sie, auch linke und sozialistische Kräfte in der Bewegung klein zu halten oder hinauszudrängen. Natürlich sind die Forderungen gegen Putin und für mehr Demokratie sehr wichtig. Aber viele ArbeiterInnen haben noch ganz andere Probleme. Die Löhne reichen nicht zum Leben und es herrscht Angst vor dem zweiten Wirtschaftseinbruch. Die Proteste, die im Winter begonnen haben, breiten sich über ganz Russland aus und auch die Zahl der Streiks nimmt zu. Die Bewegung braucht keine künstliche Einheit, die nur eine Unterdrückung von linken Forderungen bedeutet, sondern eine neue und starke Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die die sozialen und demokratischen Forderungen verbinden kann!



Offenen Auges in die Katastrophe

In den USA sind die Preise für Mais, Soja & Weizen seit Juni um 30-50% gestiegen. Auch wichtige Produzenten wie Indien, Russland oder Kasachstan

benutzen die Lage zu ergreifen. Ein Stopp der „Bio-Sprit“ Produktion, ein Unterbinden der Spekulationen, ein Umstellen anderer Agrar-Bereiche auf

Lebensmittelpreise haben in Nordafrika die Revolutionen mitausgelöst. In Griechenland haben die Menschen begonnen die Lebensmittel-Versorgung

Die voraussichtliche Hungerkatastrophe wegen der weltweiten Missernten wäre vermeidbar!

sind betroffen. Zeitgleich wird in den USA 1/3 der Ernte für die „Bio-Sprit“ Produktion verwendet. Auch anderswo wird weiterhin für Tank statt Teller produziert, weil das höhere Profite bringt. Und die Lebensmittel-Spekulation, die den Preis weiter in die Höhe treibt, erreicht neue Rekorde.

Die Regierungen weltweit zeigen sich unfähig Maßnahmen zur Entspan-

nung der Lage zu ergreifen. Die Krise hat die Armut weltweit verschärft, Hunger ist auch in reiche Länder zurückgekehrt. In den USA konnten sich schon vor der Dürre Millionen Menschen nicht täglich satt essen. Das ist Sprengstoff. Die hohen Le-

bensmittelproduktion etc. könnte in Afrika und Asien den Hungertod vieler Menschen verhindern. Doch dem stehen die Profitinteressen entgegen.

Lebensmittelpreise haben in Nordafrika die Revolutionen mitausgelöst. In Griechenland haben die Menschen begonnen die Lebensmittel-Versorgung selbst gemeinsam zu organisieren. So konnte der Zwischenhandel umgangen und die Preise deutlich gesenkt werden. Solche Initiativen zeigen im Kleinen, was eine demokratisch geplante Wirtschaft erreichen könnte. Profite dürfen besonders in Bereichen wie der Nahrungsmittelversorgung keine Rolle spielen!

Flo Klabacher

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Repression in Kasachstan

Vadim Kuramshin, ein Menschenrechtsanwalt in Kasachstan, der die unmenschlichen Zustände in den Gefängnissen anklagt, wurde Anfang des Jahres verhaftet. Gegen ihn wird ein Scheinprozess geführt, ihn dem ihm fälschlicherweise Bestechung vorgeworfen wird. Das Verfahren wurde zwei Monate lang eingestellt. Vadim protestierte schließlich mit einem Hungerstreik gegen die unrechtmäßige Verfahrensführung und

Gefangennahme. Das CWI und „Campaign Kazakhstan“ fordert in einer internationalen Solidaritätskampagne die Freilassung von Vadim und allen anderen AktivistInnen und an Streiks beteiligt gewesenen ArbeiterInnen. Die Erfahrung zeigt, dass Protest-E-Mails enorme Auswirkungen auf die Haftbedingungen haben und den Druck auf das Regime massiv erhöhen. Musterbriefe sind hier zu finden: www.campaignkazakhstan.org

Seattle, USA: „Tax the Rich!“

Das war die Hauptforderung von Kashma Sawant, der Kandidatin von „Socialist Alternative“ (CWI-USA) für die Vorwahl zum Repräsentantenhaus des Bundesstaates Washington. Sie bekam fast 9 % der Stimmen in ihrem Wahlbezirk in Seattle. Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis für das erste Mal einer Kampagne gegen das „Big Business“. Ihr Gegenkandidat, der Demokrat Jamie Pedersen, hatte 85 000 Dollar von Wohlha-

ben und Unternehmen für seinen Wahlkampf bekommen, Kashma 10 000 von gewöhnlichen ArbeiterInnen und Jugendlichen. U. a. wurde sie von den TransportarbeiterInnen, einer der größten Gewerkschaften in Seattle, unterstützt. Ihr Ergebnis erschüttert das Establishment und zeigt die Unterstützung für eine Bewegung gegen die Kürzungspolitik von Unternehmen und Regierung. www.socialistalternative.org

Jugendprotest

Hongkong: Am 29. 7. demonstrierten 90 000 SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gegen den Plan der neuen Regierung, „patriotische Erziehung“ in Schulen zu installieren. Der Vorschlag von „Socialist Action“ (CWI-Hong Kong) für einen eintägigen Schulstreik fand große Unterstützung. Für das chinesische Regime wird die Anti-Regierungs-Stimmung unter Jugendlichen immer mehr zum Problem. www.chinaworker.info

Volksabstimmungen: Mehr (Schein-)Demokratie?

Volksabstimmungen sind in aller Munde: Sie werden als Heilmittel für die Krise der etablierten Politik präsentiert. Gefordert werden sie sogar von Regierungsparteien. Bringen sie wirklich ein Mehr an Demokratie? Eine Debatte zwischen **Boris Lechthaler**, Solidarwerkstatt und **Michael Gehmacher**, SLP

Mehr Demokratie? Ja, aber echte!

Aktuell kommen die Vorschläge zum Ausbau der Volksabstimmungen v.a. von ÖVP und FPÖ – jenen Parteien, die, als sie gemeinsam an der Regierung waren, massiv antidemokratische Maßnahmen durchsetzten. Verschärfte Polizeirepression und Einschüchterungsversuche gegen DemonstrantInnen kommen aus einem ÖVP-Ministerium. Offensichtlich will die ÖVP mit Vorstößen in Richtung „mehr Demokratie“ ihre Korruptionskrise überwinden.

Die zentrale Frage lautet: Bedeuten Volksabstimmungen automatisch mehr Demokratie? Nein. Im alten Rom konnte das Volk (nicht die SklavInnen) über vieles abstimmen. Demokratisch war das trotzdem nicht, weil die Abstimmungen meistens gekauft waren. SozialistInnen, GewerkschafterInnen oder lokale Initiativen können Volksabstimmungen manchmal nutzen. Trotzdem bleibt der Rahmen der „direkten“ Demokratie genauso begrenzt, wie der des Parlamentarismus. Wann abgestimmt wird, die Fragestellung, wer mitstimmen darf und v.a. wer welche finanziellen Mittel hat – das alles liegt in den Händen der Herrschenden.

Es ist kann Bewegungen sogar schwächen, wenn Linke eine Volksabstimmung verlangen und so die eigentliche Bewegung auf ein Abstellgleis stellen. Das wesentliche Element auch bei einer Volksabstimmung ist die eigen-

ständige starke politische Bewegung. Typisch dafür ist die Abstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Schon mit dem Bau entstand eine starke Bewegung. Die SPÖ-Spitze glaubte, sich mit einer schnellen Volksabstimmung und einer Propagandawelle die Mehrheit sichern zu können. Der Plan ging nur knapp daneben. Es ist aber kein Zufall, dass die aus linker Sicht einzige positive Abstimmung das Ergebnis einer starken Bewegung war.

Viel öfter konnten Volksabstimmungen von den Herrschenden benutzt werden, wie etwa zum EU-Beitritt 1994. Damals wurde das „Ja“ mit einer unglaublichen Medienwelle und Erpressungen erkaufte. Jedem Haushalt wurde versprochen, pro Monat 1.000 Schilling zu sparen. Belegschaften wurden mit der Drohung erpresst, bei einem „Nein“ abzuwandern.

Um ein politisches Ziel durchzusetzen, braucht es konkreten Widerstand, Demonstrationen, Besetzungen und Streiks. Je mehr, desto größer ist die Chance, sich durchzusetzen. Auch wenn Volksabstimmungen erzwungen werden, bleibt das Ergebnis ein Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse. Mit einer Volksabstimmung ist der Kampf noch nicht vorbei, wie die mehrmaligen Abstimmungen zu EU-Verträgen in Irland der letzten Jahre zeigen.

Michael Gehmacher,
SLP-Bundesleitung



Volksabstimmung – ein Instrument zur Durchsetzung einer solidarischen und demokratischen Wende?

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Zumindest den Buchstaben der Verfassung nach. Ein nüchterner Befund zeigt jedoch, dass in den letzten Jahren immer breitere Interessen und Haltungen der Menschen in den Parlamenten gar nicht mehr vertreten sind. Neutralität, Sozialstaat, öffentliches Eigentum, EU-Austritt: teilweise wird nicht einmal die Mehrheitsmeinung der Menschen von auch nur einem Abgeordneten in Parlament oder Landtagen vertreten. Die politische Organisation der Menschen über Parteien und Interessensorganisationen ist einerseits entlang von Interessenslagen und Überzeugungen organisiert, andererseits aber vertikal so strukturiert, dass diese dem Herrschaftswillen der Eliten untergeordnet bleiben. Die Konkurrenzdemokratie mit ihren medialen Materialschlachten führt dazu, dass Menschen sich mit der Entscheidung über falsche

und nebensächliche Alternativen herumquälen. Über Parteienfinanzierung und Zugang zu öffentlichen Kassen wird die Durchsetzung des Elitewillens gehebelt. Willfähiges Personal wird laufend aufs Neue rekrutiert. Vor dem Hintergrund der enorm gewachsenen Bedeutung des öffentlichen Sektors im aktuellen Kapitalismus entblößt dies die Krisenanfälligkeit dieses Herrschaftssystems.

Die Durchsetzung direktdemokratischer Instrumente könnte hier einige Störungen in die gewohnten Abläufe bringen. So fordert die Solidarwerkstatt in ihrem Programm den Ausbau der direkten Demokratie, insbesondere in Bezug auf Verfassungsänderungen und die Organisation der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Volksbegehren, die mehr als 100.000 UnterstützerInnen gewinnen, sollen zwingend einer Volksabstimmung zugeführt werden.

Freilich dürfen wir uns von verfassungsrechtlichen Änderungen zur Stärkung direkter Demokratie allein auch keine Wunder erwarten. Die Solidarwerkstatt geht in ihrem Programm auch weit darüber hinaus und fordert insgesamt die Neuorganisation der demokratischen Willensbildung durch Stärkung der Gemeinden. Ausgehend von den Gemeinden soll ein Bundeseinerat den derzeitigen machtlosen Bundesrat ersetzen. Auch geht es uns um eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten der Menschen insgesamt.

Der Schlüssel zu mehr Demokratie ist letztlich die Selbstorganisation der Menschen.

Boris Lechthaler,

aktiv in der
Solidarwerkstatt Österreich

SLP-Programm genau erklärt:

Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die

schärft. Das steht in Einklang mit der Politik der EU. Die bekämpft durch repressive und rassistische Gesetze nicht die Probleme, die der Kapitalismus verursacht. Sondern sie bekämpft die Menschen, die aufgrund

gal arbeiten muss, ist umso leichter ausbeutbar und erpressbar. Je schlechter die rechtliche Gleichstellung von hier lebenden Menschen ist, desto leichter ist es für die Unternehmen, das Lohnniveau zu drü-

Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen!

volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

Jeden Tag werden in Österreich im Schnitt bis zu sieben Menschen abgeschoben, jährlich mehrere hundert Kinder (Quelle: Asylkoordination). Das Asylgesetz wurde nicht nur von schwarz-blau, sondern besonders auch durch Beteiligung der SPÖ in den letzten Jahren massiv ver-

von politischer Verfolgung, Krieg oder wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen müssen, in der Hoffnung auf eine Zukunft. Wer je mit Einwanderungsbehörden in Österreich zu tun hatte, weiß, wie absurd und teilweise widersprüchlich die Regelungen sind. Gleichzeitig spitzen Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung auf billige und leicht ausbeutbare Arbeitskräfte. Klar ist: Wer ille-

cken. Rassismus ist für die KapitalistInnen ein willkommenes Instrument, um einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen ausspielen zu können und von den wahren Verantwortlichen abzulenken. Wir sind nur so stark wie das schwächste Glied der Kette. Die einzige Möglichkeit sie zu stärken ist, für gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen kämpfen. Und zwar gemeinsam.

SLP-Sommer-Seminar: Baden mit Marx

Die SLP ist für ihre vielen Aktionen bekannt. Kommt deswegen bei uns die Theorie zu kurz? Nein! Es gehört zu unserer politischen Arbeit, sich intensiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Ohne Verständnis eines Themas und eines gut ausgearbeiteten marxistischen Standpunkts wären viele erfolgreiche Kampagnen unmöglich. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Ortsgruppen. Eine weite-

re gute Möglichkeit, politische Bildung im wahren Sinne des Wortes nicht nur trocken durchzuziehen, ist das jährliche SLP-Sommerseminar am Neufeldersee.

SLP-GenossInnen aus Salzburg, Linz, Gmunden und Wien trafen sich am See, es nahmen auch CWI-Mitglieder aus den USA, Polen und Ungarn teil. Anhand marxistischer Klassiker ging es u.a. um die Frage,

wie eine sozialistische Revolution in ihren verschiedenen Phasen aussieht. Welches Programm ist nötig? Welche konkreten Erfahrungen mit revolutionärer Entwicklung gibt es in Griechenland und Kasachstan? Außerdem gab es eine Debatte zu Volksabstimmung und Demokratie im Kapitalismus und spannende Berichte über die Occupy-Bewegung in den USA.

SozialistInnen in Südafrika brauchen Geld für Solidaritätskampagne in Rustenburg

Die Bilder der 46 ermordeten Bergarbeiter gingen um die Welt. Democratic Socialist Movement (DSM), die südafrikanische Schwesterpartei der SLP, ist seit Jahren in der Region und mit den Bergleuten aktiv. Schon 2009 gab es große Streiks gegen Menschenfleischungen und die katastrophalen Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter verdienen rund 400 Euro /Monat. Die Ereignisse – das größte Massaker seit dem Ende der Apartheid –



machen noch intensivere Arbeit nötig. Die DSM fordert u.a. eine Vergesellschaftung der Minen. Der Platinkonzern Lonmin hat Milliarden, der Staat redet vom nationalen Schulterabschluss.

Die DSM braucht unsere finanzielle Hilfe!

Bitte überweisen auf PSK 8812.733 (BLZ: 60.000) **Kennwort: Südafrika**

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **'Wiener Café'**
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN



GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr**
im **'Stockwerk'**
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Montag, 18⁰⁰ Uhr**
im **'Alte Welt'**, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **'Shakespeare'**
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Ursachen der Krise
Marxistische Analyse
mit **Wolfram Klein**,
CWI Deutschland

am **5. September, 19⁰⁰ Uhr**
in der **'Pizzeria La Piazza'**
20., Gaussplatz 7, Linie 31;
Linie 5A

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Weitere Themen und Treffen in Wien findest Du auf www.slp.at

Andere über uns



Die SLP initiierte die Initiative „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“. Gemeinsam mit Betroffenen, ihrem sozialen Umfeld und AntirassistInnen soll gegen Abschiebungen gekämpft werden. Start war eine hochkarätige Pressekonferenz: Neben der SLP nahmen Ute Bock und der Obmann von Asyl in Not, Michael Genner, teil, aber nicht zuletzt auch die von Abschiebung bedrohten Asylwerber Yaya und Zekerye.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Proteste gegen radikale Abtreibungsgegner

Mehr auf Seite 11

Durchschnittslohn für PolitikerInnen!

Weg mit allen Privilegien!

Weg mit dem korrupten Establishment!

In Politik und Wirtschaft wird geschoben und betrogen, was das Zeug hält. Korrupte PolitikerInnen sind mitschuldig, aber letztlich nur Ausdruck des kapitalistischen Systems. Politik ist „konzentrierte Ökonomie“ (W.I. Lenin). Da verwundert es nicht, dass PolitikerInnen, die

als Verwalter kapitalistischer Interessen dienen, auch wie KapitalistInnen leben.

Die SLP fordert Durchschnittslöhne für PolitikerInnen und die Streichung aller Privilegien. Wie sollen uns Menschen vertreten, die vom Chauffeur im BMW zur „Arbeit“

kutschiert werden und z.B. als MinisterIn 16.320 € im Monat verdienen? Sollen wir solchen Leuten die Aufklärung von Korruptionsskandalen überlassen? „Freiwillige Selbstkontrolle“ des Systems (z.B. Anti-Korruptionsausschuss) bearbeitet höchstens die Spitze des Eis-

bergs. Die Korruptionsskandale müssen von unabhängigen Komitees aus betroffenen Belegschaften und Gewerkschaften aufgeklärt, die Bücher und Bilanzen betroffener Parteien und Firmen offengelegt werden.

Statt Geheimverhandlungen müssen Politi-

kerInnen jederzeit Auskunft darüber geben, was sie tun und v.a. von wem sie Geld bekommen. Und wenn sie nicht die Interessen der Menschen, die sie gewählt haben, vertreten, müssen sie auch jederzeit wieder abgewählt werden können!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

➤ Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

➤ Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

➤ Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

➤ Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

➤ Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

➤ Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

➤ Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

➤ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

➤ Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

➤ Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

➤ Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

➤ SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

➤ Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

➤ Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

➤ Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

➤ Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.